

Wirecard-Prozess: Höchststrafe für Braun droht - Urteil steht kurz bevor!

Markus Braun, Ex-Chef von Wirecard, drohen bis zu 15 Jahre Haft wegen Betrugs und Bilanzfälschung im Münchner Prozess.



Nachrichten AG

Vienna, Österreich - Im Prozess um den Wirecard-Skandal bahnt sich eine Entscheidung an, die für Markus Braun, den ehemaligen CEO des gescheiterten Zahlungsdienstleisters, schwerwiegende Konsequenzen haben könnte. Laut Berichten von **vienna.at** könnte das Gericht angesichts der vorliegenden Beweise eine Freiheitsstrafe von zehn bis 15 Jahren für Braun in Betracht ziehen. Der Österreicher sitzt seit viereinhalb Jahren in Untersuchungshaft und sieht sich mit zahlreichen Vorwürfen konfrontiert, darunter Bilanzfälschung und Betrug.

In der ursprünglichen Klage wurden 43 Vorwürfe gegen Braun erhoben, doch nun könnten einige davon fallen gelassen werden, was Prozessbeobachter als Vorboten eines harten

Urteils werten. Der DAX-Konzern Wirecard kollabierte im Juni 2020, als auf Treuhandkonten in Asien 1,9 Milliarden Euro fehlten. Staatsanwaltschaft und Insolvenzverwalter gehen davon aus, dass es sich um eine Erfindung handelt, die Anleger und Banken Milliarden gekostet hat, wie auch **faz.net** berichtet. Die Anklage wirft Braun und seinen Mitangeklagten vor, die Commerzbank und andere Geldgeber mit falschen Angaben in die Irre geführt zu haben.

Protest der Verteidigung

Brauns Verteidigerin hat bereits Protest gegen die „Vorverurteilung“ ihres Mandanten eingelegt und fordert eine umfassende Aufklärung des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft hat angekündigt, am 29. Januar bekannt zu geben, ob sie die Anklagepunkte reduzieren will. In diesem der größten Wirtschaftsstrafprozesse Deutschlands, der seit über zwei Jahren läuft, wird damit gerechnet, dass ein Urteil noch in diesem Jahr gefällt werden könnte. Die bestehenden Anklagepunkte könnten bereits ausreichen, um die Höchststrafe zu verhängen, was die Einschätzung von Insidern stützt, die Braun eine zukünftig strenge Bestrafung voraussagen.

Das Gericht plant, den Prozess nicht unnötig zu verlängern; die Obergrenze für die Gesamtstrafe spielt eine wesentliche Rolle. Selbst bei maximaler Verurteilung könnte die Strafe aufgrund gesetzlicher Vorschriften nicht mehr als 15 Jahre betragen. Dies führt dazu, dass das Gericht die verbleibenden Anklagepunkte konzentriert auswertet, um auf eine zügige Urteilsfindung hinzuwirken. Ein Gutachter wird in den kommenden Tagen aussagen, und Experten rechnen bereits mit einem Gesamtschaden von rund 500 Millionen Euro, was die Schwere der verbleibenden Vorwürfe unterstreicht.

Details	
Vorfall	Betrug, Bilanzfälschung, Marktmanipulation, Untreue
Ort	Vienna, Österreich
Festnahmen	3

Details	
Schaden in €	1900000000
Quellen	• www.vienna.at • www.faz.net

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at